

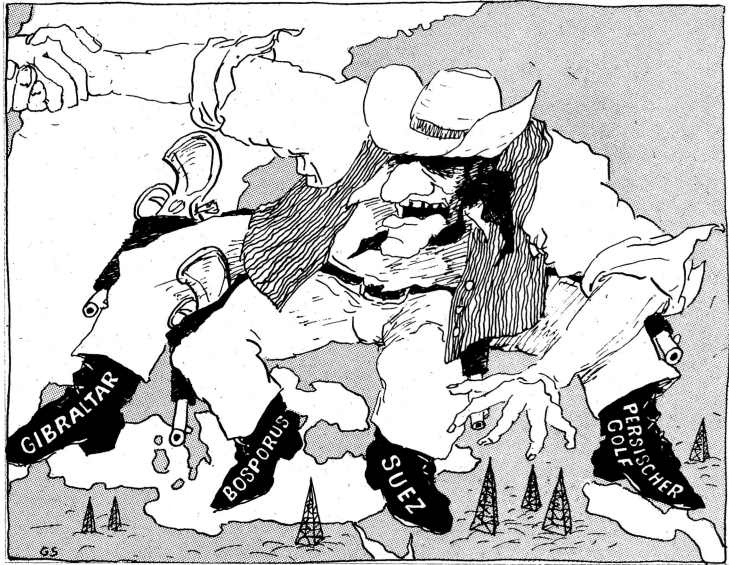
gen. Sie fand ihren Höhepunkt in den im Herbst 1978 Unterzeichneten Abkommen von Camp David. Diese Abkommen bildeten die Grundlage für den im März 1979 signierten ägyptisch-israelischen Friedensvertrag.

Mit diesem Vertrag wurde der militärisch stärkste Gegner Israels, Ägypten, „neutralisiert“ und eine schwerwiegende Bresche in die Front der gegen den zionistischen Aggressionskurs kämpfenden arabischen Staaten und Völker geschlagen. Konnte diese Lücke auch durch die Solidarität der arabischen Völker geschlossen werden (die einmütige Verurteilung der jüngsten Aggressionsakte Washingtons gegen Libyen sind dafür Beweis), so stellt die in Camp David fixierte Linie von separaten Lösungen im Nahostkonflikt eine große Bedrohung für die Interessen der Araber dar.

Unter Umgehung einer internationalen Konferenz, an der alle interessierten Seiten beteiligt sind, soll Israel die Möglichkeit verschafft werden, mit den Opfern seines Expansionismus getrennt und einzeln zu verhandeln.

Mit dem 1982 verkündeten „Reagan-Plan“, der die Linie von Camp David fortführt, vor allem auf ein israelisch-jordanisches Übereinkommen orientiert und noch stärker antisowjetisch sowie antisyrisch ausgerichtet ist als die Dokumente von Camp David, verfolgt Washington die separate, grundsätzlich proisraelische Politik weiter. Dabei ist auffällig, in welchem hohem Maße die Positionen der USA-Administration mit den Interessen Tel Avivs übereinstimmen. Hier sind zu nennen:

- die Ablehnung der Schaffung eines selbständigen palästinensischen Staates sowie die Nichtanerkennung der PLO, des legitimen Interessenvertreters des Volkes von Palästina;
- die Zurückweisung der Notwendigkeit eines israelischen Rückzuges von allen im Jahre 1967 besetzten arabischen Terri-



Von wegen: „das Völkerrecht mit Füßen treten“! Schließlich geht es um den Schutz ureigendster Interessen der USA! Zeichnung G. Sadzinski

torien und die damit im Zusammenhang stehende diesbezügliche Auslegung der UNO-Sicherheitsratsresolution 242;

- das Erheben von weiteren Vorbedingungen wie der Forderung nach einer völkerrechtlichen Anerkennung des Aggressorstaates Israel noch bevor er seine Bereitschaft zu einem umfassenden Rückzug von den okkupierten arabischen Gebieten erklärt hat;
- die Überbetonung einer „besonderen Verantwortung“ der USA im Verhandlungsprozeß bei gleichzeitigem Ausschluß anderer Staaten von der Lösung des Nahostkonfliktes, insbesondere der UdSSR, was vor allem durch die Verhinderung einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz erreicht werden soll;
- die Beibehaltung des separaten Charakters der amerikanischen Politik zur Regelung des israelisch-arabischen Konfliktes durch die ungerechtfertigte Abtrennung der Problematik der syrischen Golanhöhen von den Verhandlungen über die Zukunft des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens;
- die Ausklammerung wichtiger

Fragen (wie zum Beispiel der Status Jerusalems) und die Hinnahme der von Israel praktizierten Siedlungspolitik, was Tel Aviv die Möglichkeit bietet, durch die fortgesetzte Schaffung vollendeter Tatsachen sein Okkupationsregime in den besetzten Territorien zu festigen.

Angesichts dieser destruktiven Positionen der Reagan-Administration wird deutlich, daß das USA-Konzept zur „Lösung“ des Nahostkonfliktes letztlich auf die langfristige Erhaltung eines durch Washington nutzbaren und möglichst kontrollierbaren Konfliktpotentials im Nahen Osten abzielt.

Gleichzeitig macht sie erneut mit Nachdruck deutlich, daß es keine vernünftige Alternative zu einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz gibt. Sie allein ist geeignet und in der Lage, dieser Region endlich den Frieden zu bringen und ihn damit auch insgesamt in der Welt sicherer zu machen.

Dr. Paul-Haimon Lins
Institut für Internationale Beziehungen
an der Akademie für
Staats- und Rechtswissenschaft der DDR